

# Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Biwöchentlich in der Geschäftsschule oder von der Post abgeholt Biwöchige A mit Mutter. Beilage 10.00 M., Biwöchige B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland ist Biwöchige A 10.00 M., Biwöchige B 9.40 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nach. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Gemüseanzeigen bis 11 Uhr vorab. — Kreis für Ma-  
uer-Spätzeit 1.40 M., im Stadtmietl 8.50 M., Gemüse-Anzeigen 1.80 M. — Für unbedeutlich gehandelte, jenseits durch  
Grenzenkreis aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

## Schwere Straßenkämpfe in Dresden

Dresden, 14. März 1920.

Herr Kapp ist der Sohn eines 48er Revolutionärs. Das revolutionäre Blut steht ihm also von seinem Vater her in den Adern. Es befindigt sich jetzt nur in umgekehrter Richtung. Sein Vater war Linkskonservativer, der Sohn ist rechtskonservativ. Die alberne "Deutsche Zeitung" rief schon ein dreiviertel Jahr vor der Novemberrevolution in ihrer Nummer 216 vom 19. April 1918 nach dem Mann, der uns fehlt. Sie sagte: "Der Mann ist natürlich schon längst vorhanden, so gut wie Hindenburg plötzlich da war und Ludendorff, so gut ist der politische Hindenburg da, und er wird hervortreten, wenn die Not am größten ist. Sein Ludendorff oder seine Ludendorffs werden ihm nicht fehlen." Wir sind davon überzeugt, daß damals bereits das alberne Blatt an keinen anderen als den Königsberger Generalabschaffungsrektoren Kapp dachte, der schon 1915 als der starke Mann galt, auf den die Altdorfchen und Konseriativen ihre Hoffnung setzten. In Hunderttausenden von Exemplaren ließ er damals eine Propaganda verbreiten, welche gegen die Reichsregierung hegte und alle Friedensabschließungen untergraben hat. Der Bruch des Friedens im Parlament war damals auf die Kappischen Machenschaften zurückzuführen. Damals schon mußte der Reichskanzler Bethmann-Hollweg das Wort ergriffen, um sich gegen diese alberne Fronde zu wehren. Kapp hat dann 1919 die Vaterlandspartei gegründet, über deren verderbliche Versammlung heute kein Wort mehr verloren zu werden braucht. Nun glaubt er nochmals, daß seine Zeit gekommen sei.

Wir sind Gegner der Revolution, aber jeder Revolution, mag sie von links oder von rechts kommen. Gegen unseren Willen ist im Jahre 1918 die Novemberrevolution in Szene gesetzt worden. Wir haben damals mit aller Energie die sofortige Wiederherstellung eines verfassungswürdigen Zustandes verlangt. Durch die Wahlen vom 19. Januar 1919 zur Nationalversammlung ist der verfassungswürdige Zustand im Reich hergestellt worden. Man kann sich zur jetzigen Reichsregierung stellen wie man will, aber daß sie die rechtmäßige ist, davon ist nicht zu zweifeln. Das haben selbst einsichtige, rechtstadelnde Politiker in diesen Tagen ohne weiteres zugegeben. Wir erinnern nur an den früheren sächsischen Staatsminister Heine von der nationalliberalen Deutschen Volkspartei, der sich nach seiner Rückkehr von Berlin noch in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der nach Dresden übergesiedelten Reichsregierung zur Verfügung gestellt hat. Über die Altdorfchen und Konseriativen werden allemal die Herren Kapp und Freiherr von Moltke von ihren Kochköpfen schärfeln können. Wir haben die Gefahr, die von der bisherigen Regierung drohte, seit vorigen Herbst keinen Augenblick unterschätzt. Manche unserer Geheimnisse haben geglaubt, daß die Sprache, die hier gegen die Altdorfchen geführt werden mußte, eine zu scharfe gewesen sei. Die Fügen des Kappischen Staatsreiches werden auch diesen zeigen, daß unsere Haltung leider nur zu berechtigt gewesen ist. Wer in letzter Zeit die Vorträge in rechtstadelnden Versammlungen gehört hat, weiß den Ruf eines Wulfs in Dresden, auf die Straße zu gehen, nicht verlassen hat, wer an die Art des Auftretens der Deutschnationalen in der Reichsversammlung in Dresden denkt, und wer das alles selbst mit eigenen Augen gesehen und die rechtstadelnde Presse ohne Scheuklappen gelebt hat, dem könnte es längst kein Zweifel mehr sein, wohin die Dinge treiben. Herr Wulff hatte ja seinerzeit unter dem tosenden Beifall der Deutschnationalen ausdrücklich erklärt, daß vor keinem Mittel zurückgeschreckt werden dürfe, um diese Regierung zu stürzen. Für die Unverantwortlichkeit der Kappischen Machenschaften genugt die Haltung, welche die rechtstadelnde Presse in Berlin noch in ihren Sonnabendmorgenabgängen eingenommen hat. Die Meliorungen vom Freitag abend über den bevorstehenden Putsch wurden in der "Deutschen Zeitung" (Nr. 120 vom Sonnabend den 18. März) als "Wahlkundrum" bezeichnet. In diesem Artikel hieß es mit gespielter Schelmheit: "Sowohl wir den Schleier des Geheimnisses, der den unerwarteten Wahltag umgibt, zu lüften vermögt haben, scheint Ausgangspunkt und Ziel des ganzen Rummels ein offensichtlich gutgemeinter Besuch zu bilden, den General von Moltke Herrn Wulff gemacht hat." Und in der albernen "Täglichen Kunstdau" (Nr. 124 vom Sonnabend den 18. März) hieß es: "Die Regierung und die Reichshauptstadt sind heute von einer Verschwörung bedroht worden, von der, wie von der heimlichen Liebe, niemand was weißt als aus die Regierung und die Reichshauptstadt allein.... Die 'Waffe von rechts' ist ein Agitationsgeschrei bei in allen Fugen trudelnden mehreheisig-politischen und der Demokratischen Partei, die mit ihrer Wahlgeschichte machen und zugleich ihre Angst vor 'Der Waffe von links' bedienen wollen.... Der Teufel, der unsre Regierung vielleicht in Raden spielt und den sie nicht merken will, obwohl er sie am Krügen hat, ist die Waffe von links, die Revolution. Wegen ihr müßte sie alle aufzubauen-

## An die sächsischen Zentrumswähler!

Es ist Pflicht aller Parteifreunde, sich für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung in jeder Beziehung einzusehen. Wir sind und bleiben uns bewußt, daß es darum geht, die von der legitimen Volksvertretung, also vom Volke geschaffene Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und zu schützen.

### Der geschäftsführende Ausschuß der sächs. Zentrumspartei

i. u.: Paul Heylein, Parteisekretär.

Unter dem Vorst. des Partei-Fraktionsvorsitzenden Trimborn versammelten sich am Samstag den 13. März die in Berlin anwesenden Mitglieder der deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung der Zentrumspartei. Die Versammlungen kamen einstellig zu folgendem Beschuß:

Das Zentrum sieht als christliche Volkspartei fest auf dem Rechtfertigen der Verfassung. Danach verurteilt es auf das schärfste den Reichstag, die verfassungswidrige Regierung zu stürzen.

Die Aufführung der deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung ist eine Gewalttat. Sie wird von uns nicht anerkannt.

So ist ein Verbrechen am deutschen Volle, dem sichlich beginnenden Wiederaufbau des Vaterlandes zu jüren und über Deutschland die Gefahr des Bürgerkrieges heranzubeschleben.

Wie sind überzeugt, daß wir uns bei der Beurteilung der Umkurbbewegung in Übereinstimmung befinden mit unseren Parteifreunden und mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volles,

den und erhaltenen Kräfte zusammenzuholen. . . . Wir geben die Stelle aus dem altdorfschen Organ wieder, um zu zeigen, wie diese Blätter es noch wagten, sich am Sonnabend morgen in einer Art und Weise zu benennen, die man nur als dummkreis bezeichnen kann. Man muß im Gegenteil der Reichsregierung zum Vorwurf machen, daß sie viel zu lange den Dingen zugesessen hat, und man kann sich vor allem des Endrufs nicht entziehen, daß hauptsächlich Rosse doch manchen Leuten von rechts gegenüber zu gutgläubig gewesen ist. Die altdorfchen Blätter in Berlin haben natürlich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ganz genau gewußt, wie die Dinge laufen. In diesem Zusammenhang sei auch noch auf eine Auskunft der "Dresdner Nachrichten" in ihrer Nummer 73, Morgenabgabe vom Sonnabend den 18. März hingewiesen. Der Wiedergabe des Puschgerichts folgte das Dresdner rechtsstehende Blatt folgende "geistvolle" Bemerkung an:

"Es ist einigermaßen überraschend, daß die Regierung mit einem beträchtlichen Aufwand von Energie unter Alarmbereitschaft von Reichswehr und Sicherheitspolizei gegen ein paar Leute vorgeht. Denn da die Regierung sich selbst überzeugt hat, daß welche rechtsstehende Kreise, besonders die Rechtsparteien des Parlaments, der Bewegung fernstehen, kann es sich nur um einige wenige Höhle handeln. Es ist im übrigen wohl anzunehmen, daß die Regierung aufgrund des weitgehenden Erregung im Volle über die gegenwärtige Reichswehr und über die im Helfrichs-Prozeß getroffenen Unzulänglichkeiten eine Abstimmung braucht. Daraum muß wieder einmal das Gespenst von rechts herhalten."

Wie wollen dem Blatte nicht den Vorwurf machen, daß es in dieser Nacht über die Berliner Borgia wirklich unterrichtet gewesen wäre. Denn da es ja niemals über die Sache im Volle ist, so glauben wir ohne Weiteres, daß auch diesmal die "Dresdner Nachrichten" nichts gewußt haben. Aber für die Art und Weise, wie die rechtsstehende Blatt Politik macht und für die Tatsache, daß es vollständig im altdorfschen Fabrikosse schwimmt, sind seine Auskünften vom "Gespenst von rechts" bezeichnend. Es ist dasselbe Blatt, das sich bis zum heutigen Tage geweigert hat, eine Nachprüfung seines falschen Berichtes über die deutsch-nationale Saatversammlung in Dresden aufzunehmen.

Es entsteht nun die Frage, wie die Dinge sich gestalten werden und ob das deutsche Volk den "Segen" einer Regierung Kapp-Craub über sich ergehen lassen soll und ergehen lassen wird. Wir haben die

Überzeugung und die feste Absicht, daß dieser gegenrevolutionäre Regierung kein langes Leben beschieden sein wird. Sie führt ihr Leben nicht auf den Willen des Volles, sondern einzig und allein auf die Gewalt der Idee im Augenblick zur Verfügung stehenden Feldern geschüre und Maschinengewehr. Die Regierung wird inzwischen ihren Sitz von Dresden nach Stuttgart verlegt haben und dort wie am Mittwoch oder Donnerstag das deutsche Parlament, die Nationalversammlung wieder zusammenzutreffen. Aber selbst wenn es gelingt, in wenigen Tagen wieder geordnete Zustände zu schaffen und der Vernunft zum Siege zu verhelfen, so ist der Schaden, den diese Kappidee angerichtet hat, auch schon groß genug. Sollte das aber nicht der Fall sein, dann sind die Folgen gar nicht abzusehen. Dann wird man erst auf den Grabstein des Herrn Kapp die Worte legen: Den groben Reichszerstörer.

Niemand wird abschrecken wollen, daß wir gerade jetzt an einem Wendepunkt unseres wirtschaftlichen Lebens standen. Die politische und wirtschaftliche Lage hatte sich gesetzigt. Die Arbeitslosigkeit war gesunken und mit ihr stieg der Markt. In den Bergwerken wurden Überflüsse gefahren und die Kohlenproduktion gefördert. Bei den Fleischern zeigte sich zum ersten Male Gewerkschaft, in einer ernsthaften Revision des Fleidensvertrages einzutreten, kurzum Beichen der Altwirtschaftsbewegung und der Besserung. Das alles ist mit einem Schlag vernichtet. Die Volatilität ist in Stunden gesunken, die Volksstimme auf höchste Beunruhigung, der Separatismus gefordert, das Misstrauen der Einheit gestiegen. Das mühselige Arbeit eines ganzen fünfjährigen Jahres endlich erreicht hat, ist in einer Stunde von der Reaktion niedergeschlagen worden. Durchbar ist die Verantwortung, die diese Männer auf sich geladen haben. Und wenn selbst jetzt die offizielle Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei die Kapp und Craub vor sich abschütteln sollte, daß eine bleibende Lektion, nämlich daß ihr Vorgehen nur möglich war auf Grund der wahnwirken und wahnwirkigen Hege der Kraut und der altdorfs-konservativen-deutschnationalen Presse.

Geröll, auch wir waren mit manchem, was die Regierung getan hat, nicht einverstanden, und von Zentrumseite ist immer wieder betont worden, daß es sich bei der Koalition lediglich um eine Arbeitsgemeinschaft handelt, nicht um eine Gemeinschaftsvereinigung. Als ich am Sonntag vormittag mit dem katholischen Arbeitersprecher, Herrn Reichsminister Giesberts, im Ständehaus in Dresden eine Besprechung hatte, legte er auf die Bedeutung dieses Geschehens nochmals besonderen Wert. Aber daß das die einzige mögliche und richtige Politik war, davon wird heute niemand unter uns mehr zweifeln. Wir haben auch niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir eine Befreiung der Koalition & s. für durchaus wünschenswert halten. Wir müssen aber darauf hinweisen, daß diese Bestrebungen zwar in manchen Kreisen der Deutschen Volkspartei eingesetzt fanden, aber von der konseriativen, deutschnationalen Partei aufs schärfste bekämpft wurden. Es sei auch weiter darauf hingewiesen, daß die Zentrumspartei eben im Begriff war, als Reichsfinanzminister den Generaldirektor der Hayag in Hamburg, Herrn Gunz, zu präsentieren, der in den Kreisen der Industrie und des Handels das größte Ansehen genießt, wenn auch hervorgehoben werden muß, daß an den Grundlinien der Finanzpolitik wohl kaum viel geändert werden kann.

Die erste Folge des Kappischen Putschs ist der einjährige Gewerkschaftsstreik. Alles andere ist im gegenwärtigen Augenblick noch nicht abzusehen. Wie wollen hoffen und wünschen, daß das deutsche Volk den Schlimmsten bewahrt wird. Allerdings muß das deutsche Bürgeramt in Zukunft den politischen Dingen doch etwas mehr Verständnis entgegenbringen. Als ich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von Leipzig nach Dresden zurückfuhr, sah ich mit mir deutsche Bürger, über deren sonstige Ansichten auf politischen Gebiete man gesagt zu flüstern mußte. Diese Ansichten waren getragen von rein egoistischer Auffassung und von jeglichem Mangel an sozialem Verständnis. Man schaut die Diktatur von links ab, war aber mit der von rechts vollständig einverstanden. Solcher Spalt der Natur muß zur Katastrophe führen.

Dresden, 16. März 1920

Wiederholung! Ein durchaus gutes Wort, aber es muß ausgesprochen werden, denn er ist an einer Reihe von Orten ausbrannt. Entbrennt einzig und allein durch die Schuld rechtskonservativer Elemente. Darüber kann es keinen Zweifel geben und darüber darf kein Zweifel gelassen werden. In Leipzig, Dresden und anderen Städten ist Blut geflossen. Es läuft sich in dieser Stunde noch kein klares Bild geben.

Pianos - Johann Urbas

Möbel, welcher Ton!  
Friedensmäßiges Material!  
Garantie!  
Ausgezeichnet preiswert!

Verkauf: Hentschel & Gräf, Dresden-A.  
Schloßstraße 18  
Fernspr. 13432

Dienstag den 16. März 1920

## Wähilige Weltzeitung

Aber die Gründe darüber, wer den ersten Schuß gesetzt hat, wer die Schuß direkt, b. h. den Anschluß da und dari dazu gegeben hat. Aber die Gründe, die letzten Schuß dafür sind bismal bei denen zu suchen, welche den verbrecherischen Putsch am Sonnabend auf dem Gewissen haben. Es konnte von vornherein kein Zweifel darüber sein, daß der Reichskonservatismus den Radikalismus von links auf den Plan rufen, daß dieser Radikalismus von links nunmehr aufs neue sein Haupt erheben würde. Die Gefahr von links konnte bei uns in Deutschland seit dem 13. Januar d. J. im großen und ganzen als gebannt angesehen werden, nachdem der unabhängigen-kommunistische Versuch, das Reichstagsgebäude zu stürmen, gescheitert war. Nun haben plötzlich die unabhängigen-kommunistischen Wähler wieder Übermänner bekommen und eine Gelegenheit, ihre schon sehr erschöpfe Kappe aus neue aufzurichten. In taulenden und abtaulenden Blütlungen forderten die kommunistischen Partei und ähnliche Organisationen gestern auch die Verstärkung der Demokratie und verlangten „die Diktatur des Proletariats mit all ihren Konsequenzen“. Daß sie dabei mit unerhörten Mitteln arbeiten, kann nicht wundern, aber es muß immer wieder gefragt werden, daß sie dann nicht mehr in der Lage gewesen wären und die Kraft dazu nicht mehr besessen hätten, wenn nicht der Putsch von rechts den für die Kommunisten nur zu willkommenen Anschluß gegeben hätte.

Endlich haben am Montag mittag die Reichswehrtruppen bezw. deren Führer erklärt, daß sie zur Reichsverfassung und zur verfassungsmäßigen Regierung in Sachen stehen würden. Es ist das erfolgt, wenn es nicht zu spät ist, denn inswischen hat in Dresden und auch in anderen Orten ein vollständiges Durchmachen eingesetzt. In Dresden lagen am Montag nachmittag die Sachen so, daß man bei den Schießereien nicht wußte, welchen Richtung die einzelnen gegenüberliegenden Truppen angehörten. Es kann daher über die Vorgänge heute noch kein abschließendes Urteil gefällt werden. Wenn General Mörder als Nachsicht in seinem Kompromißvorschlag erklärt, es werde im Wehrkreis 4 nichts gelingen, was gegen die Verfassung des Reiches verstößt so muß man nur bedenken, daß eine solche Erklärung nie und nötigt nicht am Sonnabend abend spätestens aber am Sonntag vormittag ergangen ist. Es wäre dann wohl monchs Unheil verhütet worden.

Auch über die politische Verhältnisse selbst sind die Meldungen noch durchaus widersprechend, so daß etwas Endgültiges darüber nicht gesagt werden kann.

Man kann nur immer der Hoffnung Ausdruck geben, daß es der verfassungsmäßigen Reichsregierung und der Nationalversammlung gelingen möge, so bald als möglich Ruhe und Ordnung zu schaffen, um weiteres Unheil zu verhindern. Alle besonnenen Elemente müssen sie darin unterstützen und wer noch schwankend ist, den mögen die Vorgänge auf der östlichen Linie schließlich eines Besseren belehren. Der geschäftsführende Ausschuß der sächsischen Befreiungsfrontspartei hat daher an anderer Stelle dieser Nummer an alle Parteifreunde die Aufforderung gerichtet, sich für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung in jeder Beziehung einzusetzen und sich bewußt zu sein und zu bleiben daß es darum geht, die von der legitimen Volksvertretung, also vom Volle geschaffene Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und zu führen. Wir sind davon überzeugt, daß die ganze Befreiungsfrontspartei sich geschlossen hinter diesen Aufruf stellen wird. Auch er soll zu seinem Teile dazu beitragen, daß schwer geprüfte deutsche Volk vor dem schlimmsten, dem Bürgerkrieg, in seiner vollen Auswirkung zu bewahren.

hal.

Infolge des Generalstreites konnte die Zeitung gestern nicht erscheinen. Um unsere Leser über den Gang der Ereignisse vollständig zu unterrichten, bringen wir die Meldungen vom Sonnabend und Sonntag in der heutigen Beilage noch nachträglich.

## Bekanntmachung der Reichsregierung

Dresden, 14. März. Die Verbreitung von Aufrufen und Anordnungen der Gewaltübernahme in Berlin wird unter Hinweis auf die durch den Belagerungszustand bedingten Folgen für das Reichsgebiet durch den Belagerungszustand bedingt. Folgen für das Reichsgebiet verboten.

Dresden, den 14. März 1920.

Der Reichswehrminister: Rosse.

Reichsminister des Innern: Koch.

Dresden, 14. März. Die Reichsregierung teilt mit: Es ist, wie viele der letzten Berliner Nachrichten, eine Unwahrheit, daß je ein Mitglied der Reichsregierung daran gedacht hat, sein Amt niedergelassen. Die Reichsregierung hat vielmehr in der Kabinettssitzung in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend beschlossen, daß Ultimatum der Reuterer abzulehnen, nach dem sie unter Bericht auf über ihrer Mitglieder im Krieg bleibende sollte. Sie hat sich dem Dienst der Meierei dadurch entzogen, daß sie sich unter Zurücklassung von drei ihrer Mitglieder Sonnabend früh zu derselben Stunde nach Dresden begab und dort die Beschützer angenommen hat. Die Nachrichten, daß der Minister Rosse nach Hamburg und andere Minister anderweitig gegangen seien, sind unwahr. Die Reichsregierung hat die Fühlung mit allen Teilen des Reiches hergestellt. Wenn die Truppen in Berlin zu schwach waren, um den Meierern Widerstand zu leisten und deshalb von der Regierung in die Außenfern zurückzuziehen worden sind, so lag das namentlich auch an der der Schwäche unserer Truppen verhältnismäßig starke Sicherung Ostpreußen, die die Reichsregierung auf Verlangen gerade der Kreise um Herrn Kapp in Ostpreußen vorgenommen hat. Der Putsch ist der Faust darin, daß die Regierung britisches Interessen in den Vordergrund gestellt hat.

So sicher die Regierung ist, daß das Unterfangen an seiner eigenen Schwäche und Unfähigkeit zugrunde geht, so beläßt sie doch die verhängnisvollen politischen und wirtschaftlichen Folgen des verbrecherischen Anschlages, die die Regierung und die Nationalversammlung nur in monatenger Abstand wieder gutmachen kann.

Alle Verbinden und Transportsunternehmungen werden erachtet, den Abgeordneten auf ihren Wegen zur Nationalversammlung in Stuttgart jegliche Förderung zuteil werden zu lassen. Unterstellt für die Verhinderung und die Abgeordneten ist in Stuttgart beweigelt.

## An die Reichswehr

Soldaten der Reichswehr

Unter unsäglichen Schwierigkeiten ist es uns gelungen, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes aus der Kolonialzeit herauszubringen. Unser armes, durch den Krieg und seinen unglücklichen Ausgang bis zum äußersten erschöpftes Volk fing endlich an, aufzutreten. Die Produktion begann sich zu geben. Die seit kurzem steigende Volata zeigt, daß auch das Vertrauen des Auslandes in unsere wirtschaftliche Kraft zurückkehrt. So sind auch eine halbige Besserung der Verhältnisse der Handelswirtschaft in Aussicht.

Alles das ist durch das verbrecherische Vorzeichen eines häuslichen Feindes politischer Abenteuer, denen sich leider ein Teil der um Berlin liegenden Reichswehr als williges Werkzeug hergab, wieder in Frage gestellt worden. Was neue sieht sich nunmehr daran an den Händen des Oberpräsidenten gerissen. Bei dem inneren Ungluß steht die heimende Gefahr einer erneuten Spannung der austroitalienischen Ligue dring. Gewalttaten der Entente drohen wiederum. So ist die Erziehung des Reiches aufzuhören und anzuhalten.

Wichtigste Meldungen dieser Tage richten sich an Gott, Soldaten der Reichswehr, die Aufsichtsbehörde, heißt uns, mit Gott vor allem, juristischen Unglück zu befreien! Durch Gott und Menschen habe Gott zum Schutz der Reichswehr und zum Schutz gegen die durch die Nationalversammlung rechtmäßig eingesetzte Regierung verpflichtet. Wir appellieren an Gott Gott als Soldaten und Bürger eines freien Staates. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in Stadt und Land steht auf dem Boden der neu geschaffenen Staatsrechts, die von neuem so großes Unglück über unser Volk zu bringen droht. Selbst rechtstreuende Kreise sind dieser Auffassung. Haben doch vor einigen Tagen die Spender der Reichswehr der Nationalversammlung, Herr Polakowski und Dr. Deinze, überredet und einstimmig erklärt, daß der Versuch einer gewaltsamen Befreiung der Republik ein verbrecherisches Unternehmen sei.

Datum: Niemand macht sich jetzt missglückt an diesem verbrecherischen Unternehmen. Solltet einer aus alten rechtstreuenden Regierungen folgen Ihre Befreiung mit strengem Gewissenhaftigkeit. Weist jeden Versuch, Gott zu Ehren und Hochzeit zu verleiten, mit Entsetzung zurück. Tun mit uns Euer Bestes, um unser Volk auch aus dieser neuen Leidenschaft zu retten und nach so vielen Schrecken und Leidern einer besseren Zukunft entgegenzuläufen.

Dresden, den 14. März 1920.  
Reichsminister Rosse. Reichsgerichtsamt Schert.

## Aufruf der Reichswehrsoldaten

Dresden, 14. März. Aufruf an das deutsche Volk. Der verbrecherische Anschlag meintender Offiziere gegen die rechtstreuende Regierung des deutschen Volkes hat in weiten Kreisen ein falsches Bild von der moralischen Beschaffenheit und der Geschäftsfähigkeit der deutschen Reichswehrsoldaten erweckt. Zur Wahrung unserer Ehre erfordern wir im Namen von 60 000 Mitgliedern des Reichswehrverbands deutscher derzeitiger und ehemaliger Reichswehrsoldaten, daß wir den gegen die verfassungsmäßige Regierung geführten Kampfstreit als ein unverantwortliches Verbrechen ansiehen, das nur den einen Trost haben kann, daß Deutschland Reich in einem Augenblick, in dem es sich erholt und neuem Aufstieg entgegenzusehen. In unabsehbarem Unheil zu stürzen. Wir erkennen nach wie vor nur die Regierung an, der wir Verhafungstrakte geschlossen haben, und warten auf den Angenklagten, in dem uns Reichswehrminister Rosse ruft.

Der Reichswehrverbandsbund deutscher Reichswehrsoldaten.

M. Franke, gen. v. Oeynhausen.

## Die Nationalversammlung in Stuttgart

Dresden, 15. März. Die Nationalversammlung ist in Abendruhe des Friedensabchlusses auf Mittwoch nachmittags 4 Uhr nach Stuttgart einzuberufen werden. Die Reichsregierung hat sich nach Stuttgart begeben, um beim Zusammentritt der Nationalversammlung zugegen zu sein.

## Mitteilungen der Regierung Kapp

Berlin, 15. März. Aus der Reichsleitung geht und folgende Mitteilung an:

Die nach Stuttgart geflüchtete alte Regierung hat dem Reichslandrat Kapp durch den General-Märder-Vorschlag für eine günstige Einigung unterzogen lassen. Die neue Regierung hat sich ihre Zielsetzung dann vorbehalten. Die in den Generalstreit tretenen Vereine werden aufgefordert, bis zur Erledigung dieser Einigungshandlungen die Arbeit aufzuhören. Die alte Regierung soll angeblich von den Wirkungen erschöpft sein, welche sie kann und zwecklosen Aufruf zum Generalstreit im Gesamte hat, ganz besonders in den Reihen ihrer eigenen Klassen und Parteigenossen. Denn sie hat bis zu ihrem Sturz den Generalstreit lediglich als Verbrechen bezeichnet und will ihn nun selbst im eigenen Interesse zum Schaden des Volkes anwenden, um sich im Bruch ihrer Ministerpost zu erhalten. Dem Unternehmen nach soll die alte Regierung zu dem Entschluß gezwungen sein, um sofortigen Abbruch des Generalstreites aufzufordern.

Berlin, 15. März. Aus der Reichsleitung geht und folgende Mitteilung zu: Die Reichsregierung wird die jüzzeit dem Reichsrat vorliegende Besoldungsordnung in den nächsten Tagen durch Novellierung in Kraft setzen. Die neue Regierung erlässt folgende Verordnung: Sämtliche Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten haben unverzüglich ihren Dienst wieder aufzunehmen, soweit sie nicht durch den Dienst in den Einwohnerwehren und in der Technischen Reichsflottille in Anspruch genommen sind. Es wird erwartet, daß sie ohne Müßiggang auf ihre politische Gleichung ihre Kräfte in den Dienst des Ganges stellen. Widergesetzlichkeiten werden auf Grund des Ausnahmegesetzes mit 10 000 Mark Geldstrafe, unter Umständen mit Entlassung bestraft. Bis zur erfolgten Bildung des vorläufigen Reichskonsistoriums übernehmen die dienstältesten nichtparlamentarischen Untersuchungssekretäre die Leitung der Ministerien.

Berlin, 15. März. Aus der Reichsleitung geht und folgende Mitteilung zu:

In der vergangenen Nacht wurde in der Kolonnenstraße in Schöneberg die Druckerei von Otto Möckel durch die Sicherheitspolizei aufgehoben. Sie war gerade damit beschäftigt, die verbotene „Rote Fahne“ zu drucken mit einem Aufrufe der kommunistischen Partei Deutschlands für den Generalstreit zur Herbeilösung der Verbündung mit Sovjetrussland und der Resolution in Deutschland und in der Welt. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß dieselben Ehrenmänner auch das angeblich von der alten Regierung hergestellende Flugblatt „Die Reichsregierung an das deutsche Volk“ mit dem angeblichen Bericht des Reichswehrschusses der Nationalversammlung gedruckt und verbreitet haben, an dessen Inhalt aber kein wahres Wort ist. Auch ein mit „Deutsche Volkspartie“ unterschriebenes Flugblatt „Dem Main entgegen“ ist in dieser kommunistischen Druckerei entstanden. Die Deutsche Volkspartie hat mit diesem Flugblatt nichts zu tun. Man sieht, es ist wieder einmal Gelassenheit für die kommunistischen Dummköpfe. Darum Augen auf! Gott! Gott nicht blind für die Augen sterben. Es gibt nur eine Regierung, die Regierung der Freiheit, der Ordnung und der Tat.

Berlin, 15. März. Aus der Reichsleitung geht und folgende Kundgebung zu: Die Regierung will die Neuwohler sichern. Beauftragter der Wehrkrafts hat dies getan. Die Regierung hält sich streng an ihre Proklamation auf dem Boden der deutschen Republik. In Berlin gibt es keine Ausbrechungen, die an Ausnahmegesetzen Anlaß gegeben hätten. Die alte Regierung lenkt noch persönlich die Nachfrage durch General-Märder, zum Generalstreit aufgefordert zu haben. Tatsächlich drohte sie damit schon vor der Einsetzung der neuen Regierung. Die technische Rottke ist hinzugetreten, die Bevölkerung mit Rottke und Rosse überzustellen.

Berlin, 15. März. Die Erfahrungen in der Beamtenkraft, so auch durch den Regierungswechsel, Siedlungen in der neuen Besoldungsordnung eintreten würden, entdecken jeder Beschreibung. Die Regierung ist entschlossen, alle Medien der Beamtenkraft an zu machen, und davon überzeugt, daß ein unbefriedigtes Beamtenstammtum auch im neuen Deutschland als Musterat der Staaten ist.

Berlin, 15. März. Die Gründung des Reichspräsidenten hat übernommen.

## Widersprechende Meldungen

Berlin, 15. März. Die Kapp-Regierung gibt bekannt: Mit der selben Zeit, wie der früheren Bekanntmachung Rosse ist auf deren Wunsch in Verhandlungen getreten worden. Es wird ein Kabinett auf allgemeinem Grundlage aus Kommissären gebildet unter Leitung des Reichsministers der alten Regierung. Es finden binnen zwei Monaten Neuwahlen zum Reichstag und zur preußischen Landesversammlung statt. Ein Anschluß hieran findet auch die Neuwohl des Reichswehrministers durch das Volk statt. Der Reichslandrat Kapp wird sich unter der Leitung der Reichswehr und des Reichswehrministers Rosse auf weiteren anstrebenholten bleibt.

Wochen Welle ist. Bis zur Entscheidung über diese Vorschläge hat der Reichslandrat von der Bildung eines neuen Ministeriums abgesehen und die dienstältesten Untersuchungssekretäre mit der Führung der Geschäfte beauftragt.

Berlin, 15. März. Die heute zu gemeinsamer Besetzung vereinbarten Untersuchungssekretäre der Reichsministerien sind, wie wir von unsererseits erfahren, einstimmig entschlossen, ihre Kämter ausschließlich im Auftrage der verfassungsmäßigen Regierung und die laufenden Geschäfte mit dem Reichsministeramt im Rahmen des verfassungsmäßig beschlossenen Haushaltplanes weiterzuführen. Sie können durch ihre verfassungsmäßig übernommenen Verpflichtungen Weisungen von niemandem anders als dem Reichsministerium Rosse entgegennehmen. Hierzu werden sie die Beamtenchaft in Kenntnis setzen. Diese Erklärung wird Herrn Kapp heute übermittelt werden. Sie bedeutet, daß sämtliche Untersuchungssekretäre damit jede Verbindung mit der von Herrn Kapp eingeführten Regierung abbrechen.

## General Märder in Berlin

Berlin, 15. März. General Märder teilte heute nach persönlich der Regierung mit, daß die alte Regierung keine Lösung zum Generalstreit angegeben habe und eine Lösung von sich abweise.

Dresden, 15. März. General Märder hat gestern folgendes Schreiben an den Reichspräsidenten Ebert gerichtet:

Herr Reichspräsident! Ich fahre heute ebenso nach Berlin. Nach eingehender Absprache mit den Führern des Reichswehrverbands 2 in Kassel werde ich den Versuch machen, die neue Regierung zu veranlassen, den verfassungsmäßigen Aufstand wiederherzustellen. Ich bin davon überzeugt, daß die Bildung von drei Fortsetzungen durch die alte Regierung eine ungünstige Voranstellung darstellt, nämlich erstens die Bildung einer Koalitionsregierung auf unbilligster Grundlage, wenn irgend möglich unter Beteiligung aller Mitglieder der jüngsten Berliner Regierung; zweitens Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und nicht durch den Reichstag.

Dresden, 14. März 1920, 5 Uhr nachmittags.

Märder: Es wird im Wehrkreis 4 etwas nicht geschehen, was gegen die Verfassung des Reiches verstößt.

## Aus dem Reiche

Berlin, 15. März. Das „Achsenrabendblatt“ meldet: Um über die durch die Berliner Vorfälle gesetzte Lage zu beraten, waren heute mittag 1 Uhr im Fürstenzaale des Rathauses die Vertreter des Behörden sowie die Führer aller jüngsten politischen Parteien und Gewerkschaften zusammen. Nach eingehender Ansprache über den gegenwärtigen Stand des politischen Umsatzes in Berlin und seine eventuelle Entwicklung in Preußen und Schlesien wurde beschlossen, daß Ergebnis der Beratungen in einem Brief an die Bevölkerung Preußens und Schlesiens niedergelegt werden. Bei den Besprechungen wurde festgestellt, daß noch keine Angelegenheiten ergeben haben, wonach das in Preußen liegende Militär in irgendwelcher Verbindung mit den Berliner Gewerken steht. — Im Laufe der Sitzung, die bis gegen 5 Uhr dauerte, haben die Offiziere des Generalstabes folgende Erklärung abgegeben: Die verfassungsmäßigen Gewalten in Schlesien sind der Oberpräsident und der Staatskommissar. Die Reichswehr steht auf dem Boden der Reichsverfassung und gehorcht den in Schlesien verfassungsmäßig eingesetzten Gewalten, ges. v. Friedburg. — Weiter wurde von der Versammlung beschlossen, daß in einer Kundgebung erklärt werden soll, daß die Provinz (mit Ausnahme des oberschlesischen Abstimmungsgebiets) sich so lange als unabhängig von Berlin betrachtet, als die bisherige verfassungsmäßige Regierung nicht in der Lage ist, ihre Gewalt auszuführen. Es werde ferner ein Zusammenschluß von der Versammlung eingesetzt. Die Auseinandersetzung ist um 8 Uhr abends hier eingestellt.

Breslau, 14. August. Der kommandierende General des schlesischen Armeekorps von Friedburg ist, da er eingesehen hat, daß Truppen und Offiziere die politische Lage anders beurteilen, als es durch den geistigen Besluß auf dem Boden der Reichsverfassung und gehorcht den in Schlesien verfassungsmäßig eingesetzten Gewalten, ges. v. Friedburg. — Weiter wurde von der Versammlung beschlossen, daß in einer Kundgebung erklärt werden soll, daß die Provinz (mit Ausnahme des oberschlesischen Abstimmungsgebiets) sich so lange als unabhängig von Berlin betrachtet, als die bisherige verfassungsmäßige Regierung nicht in der Lage ist, ihre Gewalt auszuführen. — Die Auseinandersetzung ist aufgelöst.

Würzburg, 14. August. Im Anschluß an die bereits erfolgte Stellungnahme der süddeutschen Regierungen wird von Bayern, Württemberg und Baden folgende Erklärung veröffentlicht: Die Regierungen der süddeutschen Staaten, denen es gelungen war, ihre Länder und ihre Bevölkerung in mäßiger Weise aus dem Chaos und Elend mehr und mehr hinauszuführen, betrachten es als ein Verbrechen am deutschen Volke, daß diese Entwicklung noch aufwärts, die sich in der Besserung der Wirtschaftslage und in der Erholung des deutschen Kurzes deutlich zeigte, von Berlin aus gestört wird. Sie werden sich, gestützt auf ihre Bevölkerung, gegen die verfassungswidrigen realitären Machthaber mit aller Entschiedenheit und aller Kraft zur Wehr setzen, um neues Elend, das dem deutschen Volke von Berlin droht, zu verhindern. Sie erkennen nur die verfassungsmäßige bisherige Reichsregierung und die verfassungsmäßig gewählte Nationalversammlung an. München, Stuttgart, Karlsruhe, den 13. März 1920. Für die Schamregierung der drei Staaten die Ministerpräsidenten Hoffmann, Kloss, Schmitt genommen worden.

Würzburg, 14. August. Im Anschluß an die bereits erfolgte Stellungnahme der süddeutschen Regierungen wird von Württemberg und Baden folgende Erklärung veröffentlicht: Die Regierungen der süddeutschen Staaten, denen es gelungen war, ihre Länder und ihre Bevölkerung in mäßiger Weise aus dem Chaos und Elend mehr und mehr hinauszuführen, betrachten es als ein Verbrechen am deutschen Volke, daß diese Entwicklung noch aufwärts, die sich in der Besserung der Wirtschaftslage und in der Erholung des deutschen Kurzes deutlich zeigte, von Berlin aus gestört wird. Sie werden sich, gestützt auf ihre Bevölkerung, gegen die verfassungswidrigen realitären Machthaber mit aller Entschiedenheit und aller Kraft zur Wehr setzen, um neues Elend, das dem deutschen Volke von Berlin droht, zu verhindern. Sie erkennen nur die verfassungsmäßige bisherige Reichsregierung und die verfassungsmäßig gewählte Nationalversammlung an. München, Stuttgart, Karlsruhe, den 13. März 1920. Für die Schamregierung der drei Staaten die Ministerpräsidenten Hoffmann, Kloss, Schmitt genommen worden.

Heute nachmittag kam es zu Massenversammlungen besonders vor dem Justizpalast, die aber von der Schuhmannschaft, Polizei und Wehrkraft nicht gestoppt wurden. Die Gewerkschaften und die drei sozialdemokratischen Parteien hatten vormittags im Birius-Krone eine Massenvers

Vorschläge hat der Ministerium abgelehnt. Seine Sekretäre mit 15.

amec-Besetzung verhindern sind, wie wir von 15. März. Ihre Geschäfte sind zum großen Teil geschlossen.

Görlitz, 15. März. Die bisherigen Parteien verhalten sich bisher ablehnend gegen die neue Berliner Regierung. — Die Görlitzer Versammlung ist nicht aufgelöst. Die Regierung wird auf verfassungsgemäßem Wege neu gebildet werden. Hier herrscht Generalstille. Ruhe und Ordnung sind gewahrt.

Bautzen, 15. März. Der Oberbefehlshaber Generalleutnant von Schössler erlässt einen Aufschluß, in dem es heißt: Das Reichswehrgruppenkommando I in Kassel, das den militärischen Besitz über das westliche Deutschland hat, steht auf dem Standpunkt, daß die Verfassung zu föhlen ist, und hat der durch den Putsch in Berlin gebildeten neuen Regierung keine Gesellschaft geleistet, sondern hält zu der verfassungsgemäß eingelebten alten Regierung.

Stettin, 15. März. Hier ist heute fühlbar der Generalstreit ausgebrochen.

Frankfurt, 15. März. Seit heute fühlbar zu den sämtlichen Betrieben. Der Staat ist allgemein. Straßenbahn und Eisenbahn verkehren nicht. Da die bisherigen Behörden sich nicht offen erklärt haben, zu welcher Regierung sie sich stellen, wird heute nachmittag die Beamtenstafette zwischen staatlichen und kommunalen Behörden in den Streit treten. Die Tagesschafft erfordert keinen Einsatz.

Düsseldorf, 15. März. Die drei sozialistischen Parteien, Rechtssozialisten, Unabhängige und Kommunisten sowie das freie Gewerkschaftsbund und die sozialdemokratische Vereinigung haben sich heute den Generalstreit erklärt. Das christliche Gewerkschaftsbund hat dagegen die Lösung ausgeschlossen, ruhig weiterzuhören.

Berlin, 14. März. Der Oberpräsident Winnig, Königswinter, und der Oberbefehlshaber des Wehrkreisommandos I, v. Ettori, telegraphierten an den Reichskanzler Kapp den Inhalt einer in Offenbach veröffentlichten Bekanntmachung, in der die neue Regierung als Inhaber der tatsächlichen Macht anerkannt wird.

Berlin, 15. März. Aus Schwerin wird unter dem 15. d. Ms., früh 7 Uhr, ausgetragen: Die chemische medienbüroliche Regierung, die im Laufe des Nachmittags die Verbindung mit den neuen Reichsregierung in Berlin aufnahm, hat um 10 Uhr 15 nachmittags folgende Erklärung abgegeben und unterschrieben: Um in der gespannten Lage ein Einvernehmen zu vermeiden, erklärt sich die unterzeichnete medienbüroliche Regierung bereit, um jeder Art Straftat entgehen. Das Staatsministerium, gez. Dr. undorf, Elling, Henke, Ach, Sivalovitsch.

Hier hat Hauptstabschef Generalstille eingesetzt. Der Oberpräsident hat sich in einer Bekanntmachung hinter die alte Regierung gestellt.

Bremen, 15. März. Die Sicherheitspolizei erklärte sich einmütig zum Schutz der alten Regierung bereit. Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten haben sich zum gemeinsamen Kampfe gegen die Reaktion zusammen geschlossen.

Hamburg, 15. März. Die bei Hamburg stehenden Bahrenfelder Reichswehrtruppen haben sich anfänglich abgerufen verhalten. Durch ein Massenausgebot der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Hamburgs, die gegen Bahrenfeld marschierten, veranlaßt, hat der Kommandeur der Bahrenfelder Truppen die Gefäßung abgesagt, daß er nichts unternehmen werde, was gegen die alte Regierung gerichtet sei. Die Teilnehmer der Hamburger Kaufmannschaft haben energisch Einspruch gegen die vorherrschende Putschsituation in Berlin eingelegt.

Frankfurt, 15. März. General Stolzmann vom Reichswehrgruppenkommando Frankfurt hat Arbeitern gegenüber erklärt, daß er nicht der Regierung Bauer liege und fallen. In der näheren und weiteren Umgebung Frankfurts haben sich in einer Reihe von Gemeinden die Reaktionen und Unabhängigen im Kampfe gegen die Reaktion getötigt.

Bei den Straßenkämpfen am Sonnabend wurden, soweit bis jetzt ersichtlich, 14 Personen getötet und über 100 verwundet, darunter Männer. Die Reichswehr verfestigte in den Vororten mehrere Truppensammelstellen, die Munition und Maschinengewehre aus den Depots entwendet hatten.

Münster, 15. März. In einem Aufschluß des Generalentnents Walther vom Wehrkreisommando 5 heißt es: Ich wende mich entschieden gegen jeden Rechts- und Unordnungsfaktor. Die Errungenheiten der bisherigen Regierung, sowie die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung garantieren ich. Auch übernehme ich die volle Gewalt für die Erhaltung der Volksrechte und der republikanischen Staatsform. Der Reichsminister Seeringer arbeitet im Dienste und Geiste der von mir gegebenen Garantien weiter mit mir die Überwindung der Krise, in die unser teueres Vaterland geraten ist.

Kiel, 14. März. Hier ist es zu blutigen Unruhen gekommen. Die Arbeiter der Schiffswerften haben sich bewaffnet und der Reichs- und Sicherheitswacht widerstand geleistet. Verluste an Toten und Verwundeten sind anmeldet. Kiel befindet sich in der Hand der Reichs- und Sicherheitswache. Die in Kiel Regierende Marinestelle haben sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt.

Münster, 15. März. Die Arbeiter und Angestellten staatlicher Betriebe der Straßen- und Eisenbahn, sowie der Rheinuferbahn sind heute fühlbar in einem blutigen Provinzialkrieg gegen die neue Regierung eingetaucht.

### Die Reichsregierung in Stuttgart

Stuttgart, 15. März. Die Reichsregierung hat ihre Geschäfte in Stuttgart aufgenommen.

Paris—Stuttgart

Paris, 15. März. Die französische Regierung hat einen eigenen diplomatischen Vertreter nach Stuttgart entsandt.

Paris, 15. März. Ministerpräsident Millerand hat in sehr gehöriger Unterordnung mit dem deutschen Reichsminister eine unmittelbare telefonische Verbindung sowie eine Kurierfahrt zwischen Paris und Stuttgart angelegt.

### Die Lage in Berlin

Berlin, 15. März. Die Lage in Berlin war bis in die Abendstunden unbeständig ruhig. An den großen Brennpunkten des Verkehrs, Alexander- und Potsdamer Platz konzentrierten sich große Menschenmassen an, die über die Tage eifrig diskutierten. Vor dem Invalidenpalais in der Invalidenstraße, das von Reichswehrtruppen besetzt gehalten wird, bildeten sich ebenfalls Unruhungen, in denen nachts als Verbreiter gebrauchsmäßig und die schwere Wucht der Regierung mit bitteren Worten kritisiert wurde. Bischof habe man die Aussicht, daß man gegen die neue Regierung nichts einwenden werde, wenn die Reichswehr sich bestimmt und die fürsäuflichen Lebensmittel nicht ein Ende hätten. In allen Teilen der Bevölkerung besteht der heilige Wunsch, daß die Verhandlungen zwischen der neuen Regierung und den Arbeitervierteln einen guten Erfolg haben mögen.

Berlin, 14. März. Heute nach ruhiger der Straßenbahnbetrieb vollzogen. Auch die Hochbahn hat auf den Straßen des Verkehrs einen Fußweg und sich geöffnet. Am Morgen ist in Berlin das Wasser abgeschnitten worden. Außerdem ist auch die Gas- und Elektrizitätsversorgung eingesetzt.

Berlin, 15. März. Gestern nach ruhiger der Straßenbahnbetrieb gestern im Laufe des Nachmittags zu schweren Zusammenstößen zwischen der Potsdamer und der Reichswehrkolonne gekommen, so im Potsdamer Platz, wo mehrere Personen getötet und eine Anzahl verletzt wurden, in der Invalidenstraße und in Steglitz, wo zahlreiche Verwundete und 8—10 Tote die Folge des Zusammenstoßes waren. Gegen 11.7 Uhr erschienen sich ähnliche Vorfälle in Charlottenburg am Wilhelmplatz. Hier zählt man 4 Tote und 8 Verletzte.

### Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes

Berlin, 15. März. Sämtliche Beamten aller Grade des preußischen Eisenbahnamtes haben heute nachmittag einstimmig folgenden Beschluß gefasst: Die Eisenbahn ist ein unentbehrliches Instrument für die Wohlfahrt des gesamten Volkes und darf als solches nicht zu politischen Zwecken missbraucht werden. Es ist das Ziel eines jeden Eisenbahners wie im November 1918 und bei

den Jahren im Jahre 1919 auch heute für die volle Aufrechterhaltung des Betriebes zu wirken, unabhängig von politischen Schwankungen und den unangefochtenen Wohlhabern, Gütern, entzerrenden Beschlüssen haben heute auch sämtliche Beamten der Eisenbahndirektion Berlin geholt.

### Die Abstimmung in Nordschleswig

Hamburg, 14. März. Der Deutsche Antrag für das Herzogtum Schleswig teilte mit: Das vorläufige Abstimmungsergebnis in der zweiten nordschleswigschen Zone brachte eine Sechzehnteile Mehrheit für Deutschland. Im Kreis Flensburg stimmen für Deutschland 6751, für Dänemark 121 Wahlberechtigte. In der Stadt Flensburg betrug die Stimmenzahl für Deutschland 27 058, für Dänemark 8935.

Copenhagen, 14. März. Bei der heutigen Abstimmung in der zweiten nordschleswigschen Zone sind nach dem bis 12 Uhr vorliegenden Ergebnissen aus 109 Kreisen 4795 Stimmen für Dänemark und 20 235 für Deutschland abgegeben worden.

Copenhagen, 15. März. "Politiken" schreibt zur abgegangenen Abstimmung in der zweiten nordschleswigschen Zone u. a.: Von dänischer Seite wird keine noch so schmerzhafte Enttäuschung über das Ergebnis verhindern, den deutlichen Gewinnmarsch der Bevölkerung zu ändern oder an ihm zu rütteln. Es ist die einzige Grundlage, auf der eine dauernde Grenze geschaffen werden kann. Die Wähler haben gefordert. Es sind nicht mehr die Agitatoren, sondern die internationale Kommission, die die dänische Sicherheit sichern wird.

### Neu zum Zentrumsparteitag!

Der Parteitag der Sächsischen Zentrumspartei findet selbstverständlich trotz der veränderten politischen Verhältnisse bestimmt am Sonntag den 21. März, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Katholischen Gesellenhauses in Dresden statt. Die Anmeldung der anwôdigten Bevölkerungsgruppen war schon bis zum letzten Sonntag eine extrem starke. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen am 15. März, vormittags 10 Uhr, in jedem Kreis von 10 Wahlbezirken die Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des sozialen Gewerkschaftsbundes bestätigt sind und sich an der Abstimmung beteiligen können. Darüber hinaus aber ist allen Zentrumsparteihängern die Teilnahme an den Verhandlungen der Parteitags als Bühne gegeben und unterstehen. Durch die neuesten Ereignisse ist die Tagung der Sächsischen Zentrumspartei am nächsten Sonntag von besonderer Bedeutung. Es wird daher vom Parteisekretariate die Erwartung und das Erreichen ausgesprochen, daß auch die Gruppen, die vielleicht wegen der erschwerten Verkehrshemmung zu kommen oder infolge deutscher Verstümmelungen den Parteitag nicht besuchen wollten, jetzt unter Überwindung lokaler Schwierigkeiten und ohne Eile zu schauen, mindestens einen Vertreter zu der hochwichtigen Tagung entsenden.

Hier Abgeordneter Dr. Otto spricht über die gegenwärtige Lage



# Beilage zur Sächsischen Volkszeitung

Nr. 61

Dienstag, den 16. März 1920

19. Jahrg.

## Oberhirtliche Kundgebung für die katholische Presse

### Geliebte Diözesanen!

Immer seit Ihr bereit gewesen, große Opfer zu bringen, wenn es galt, eine gute Sache zu fördern. Ein vorzügliches Werk ist die Unterstützung unserer katholischen Presse. Die Not der Gegenwart bringt aber unser katholisches Zeitungswesen in höchste Gefahr. Da die Unkosten für Papier, Erhaltung und Bedienung der Maschinen eine beinahe unerschwingliche Höhe erlangt haben, so werden auch die Bestellgebühren in ganz außerordentlicher Weise emporschnellen, so daß es für viele nicht leicht sein wird, ihre ihnen lieb gewordene Zeitung weiter zu halten. Es ist daher zu besorgen, daß nur noch Zeitungen sich behaupten, die mit reichen Kapitalien arbeiten können. Zu diesen gehören die katholischen nicht, weshalb man befürchten muß, daß nur noch Blätter erscheinen, die unserer katholischen Weltanschauung schnurstracks entgegen sind.

Angesichts dieser nicht geringen Gefahr richte ich an Euch, geliebte Diözesanen, die dringende Bitte, trotz hoher Bezugspreise beim Vierteljahreswechsel Eure katholische Zeitung nicht aufzugeben. Ihr könntet sonst dazu beitragen, daß der katholischen Presse unheilbare Wunden geschlagen werden. Wie der Leib ohne hinreichende Nahrung leicht dauerndem Siechtum entgegen geht, so würde auch dem katholischen Volke geistige Unterernährung drohen, wenn unser bisher blühendes Zeitungswesen verliebe oder unterging.

DRESDEN 2. März 1920.  
BAUTZEN

† Franz Löbmann  
Bischof

### Aufrufe der verfassungsmäßigen Regierung

Folgendes Telegramm ist an die Regierungen sämtlicher Länder gesendet worden: Ein Putschversuch gewissenloser Abenteuer, hinter denen kein ernsthafter Politiker steht, hat die Regierung veranlaßt, zwecks Befreiung von Blutvergeuden Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann. Wir ersuchen, den bündelichen Vertrag mit uns aufrecht zu erhalten und alle Beziehungen zu den Staatsstreichern in Berlin abzulehnen.

Der Reichspräsident Ebert.

Die Reichsregierung:  
Bauer, Müller, Giesberts, Rosse, Koch, Geßler.

Die lädtische Staatskanzlei verbeitet folgenden Aufruf der Reichsregierung:

An das deutsche Volk! Durch einen wahnwitzigen Handstreich sind die Regierungsschilde in Berlin in die Hand von Aufrührern geraten. Keine politische Partei, kein Mann von verantwortlicher Denkungsart steht hinter diesen Vorgängen. Jedermann mißbilligt sie. Nachdem sich die in Döbeln einquartierten, zur Enslaufung bestimmten Truppen, namentlich die aus dem Balkan, hinter diesen Alt der Tollheit gefestigt haben, hat die Regierung, um ein Blutbad zu vermeiden, und das Leben der an Zahl geringeren in Berlin befindlichen regulären Truppen zu schonen, Berlin verlassen, denn Blut ist seit 1914 genug gellossen. Und dieses Abenteuer wird in wenig Tagen an seiner inneren Unmöglichkeit zusammenbrechen.

Die Regierung hat ihren Sitz nach Dresden verlegt. Jetzt bleibt an den Schicksalen gegen die verfassungsmäßige Regierung gebunden. Nur sie kann Befehle ertheilen und Befehlsausführungen ausspielen. Jede Ausrufung einer anderen Stelle ist rechtlosungsfähig.

Die Soldaten der Reichswehr haben die Verfassung zu schützen, dem Reichspräsidenten und der Regierung zu dienen und gehorchen zu sein. Den Eidbuch einer Anzahl Offiziere nachzuhören, verbietet Ihnen Pflicht und Recht.

Die Aufsicht der Nationalversammlung ist verfassungswidrig. Der Präsident der Nationalversammlung ist erlaubt, die Nationalversammlung abzubald wieder einzuberufen. Nur eine auf die Verfassung zugesetzte Regierung vermag Deutschland davor zu bewahren, daß es in Nacht und Blut verfällt. Wenn Deutschland von einem Putsch zum anderen geführt wird, so ist es verloren. Eine auf dem Gewaltstaat weniger beruhende Regierung enthebt der Autorität im Inlande und im Auslande. Das Volk wird verschlungen, wenn neue Wogen die Bandenlosigkeit und den Verkehr unterdrücken und das Beitreten des Auslandes, das sich nur eine verfassungsmäßige Regierung erweist, untergraben. Ungeheure Gefahren, nach innen und außen, stehen bevor, wenn das Volk die Verantwortung verliert.

Deutsches Volk! Schreibe dich nur deine verfassungsmäßige Regierung!

Dresden, den 12. März 1920.

Der Reichspräsident Ebert.

Die Reichsregierung:  
Bauer, Rosse, Giesberts, Müller, Ros, Geßler.

Geburtsfest der Nationalversammlung nach Stuttgart  
Die lädtische Staatskanzlei berichtet: Großherzog Friedrich August hat die Nationalversammlung auf nach Stuttgart einberufen.

### Das Programm der Rapp-Regierung

Berlin, 13. März. Die Regierung erläßt folgende Kundgebung:

An das deutsche Volk! Reich und Volk sind in schwerer Gefahr. Wir nähern uns mit rasender Geschwindigkeit dem vollkommenen Zusammenbruch des Staates und der Reichsordnung. Das Volk fühlt nur dumpf das kommende Unheil. Die Preise steigen unanhaltbar. Die Not wächst. Hungersnot droht. Korruption, Wucher, Schleberel und Betrügen treten mit immer größerer Freiheit auf. Die autoritätslose, ohnmächtige und mit der Korruption verschwisterliche Regierung ist nicht imstande, die Gefahr zu beschwören. Fort mit einer Regierung, in der ein Erzberger der führende Geist ist! Von Osten drohen uns Verwüstung und Vergewaltigung durch den kriegerischen Bolschewismus. Ist diese Regierung imstande, ihn abzuwehren? Wie eingehen wir dem äußeren und inneren Zusammenbruch? Nur indem wir eine starke Staatsgewalt wieder aufrichten, die deutsche Ordnung und Kraft wieder herstellen.

Welche Ideen sollen uns dabei leiten? Keine Reaktion, sondern eine feindselige Fortführung des deutschen Staates. Wiederherstellung der Ordnung und der Volligkeit des Rechtes. Pflicht und Gewissen

sollen wieder im deutschen Volke regieren. Die deutsche Ehre und Freiheit sollen wieder hergestellt werden. Die ohne Mandat weiterregierende Nationalversammlung erklärte sich in Bremen. Verfassungswidrig zieht sie die Wahlen bis in den Herbst hinaus. Statt die Verfassung zu halten, die sie erst jetzt geschlossen hat, will eine herrschsüchtige Parteidiktatur schon heute dem Volke das wichtige Grundrecht der Präsidentenwahl entziehen. Die Stunde der Rettung Deutschlands geht verloren. Darum bleibt kein anderes Mittel übrig, als eine Regierung der Tat!

Welches sind die Aufgaben, die sich die deutsche Regierung stellt? Die Regierung wird den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit es möglich ist und nicht Selbstverachtung bedeutet. Die Regierung wird die Finanz- und Steuerhöhe des Bundesstaates, die sie zur selbständigen Erfüllung ihrer Kulturaufgaben nötig haben, auf verfassungsmäßiger föderativer Grundlage wieder herstellen. Die Regierung wird die Kriegsanleihen als gerechte Gegenleistung für treu erfüllte vaterländische Pflichten sicherstellen und demnächst Rückzahlung einleiten. Die Regierung wird zur Wiederaufrichtung des Staates den ländlichen und städtischen Grundbesitz zu entsprechender Steuerleistung heranziehen. Nach schweren Staatsnotständen ist es immer wieder der Grundbesitz gewesen, der die Opfer der Wiederaufrichtung tragen mußte. Die Regierung erwartet, daß er auch jetzt seiner vaterländischen Ehrenpflicht genügt. Die Regierung wird über dem Grundbesitz, damit es in den Stand gebracht wird, solche Opfer zu tragen, die wirtschaftliche Freiheit zurückzugeben. Sie wird für eine Hebung der Produktion und Verförderung der Winderwermittel und Heilsbedürfnisse mit Rahrungsmiteln zu entzündlichen Preisen sorgen. Die Regierung wird Streik und Sabotage rücksichtslos unterdrücken. Sie jeder freiwilige Arbeit nach. Jede arbeitsfreudige Hand ist unseres nachdrücklichen Schutzes wert. Streik ist Verrat am Volk, am Vaterland und seinem Gut.

Die Regierung wird die Arbeiterschaft zum Zwecke der wirtschaftlichen Neuordnung in herausragendem Maße zur Vorbereitung und zur täglichen Mitarbeit neben dem anderen Berufs- und Gewerbskünste herausziehen. Sie wird nicht eine Regierung des einsitzigen Kapitalismus sein, sie will vielmehr die deutsche Arbeit vor dem harten Schicksal der internationalen Vermarktung unter das Großkapital schützen, und heißt durch diese Maßnahme der Staatsbehörde der arbeitenden Massen ein Ende zu bereiten. Die Regierung wird die bestehende Verhältnisse geändert, mit einem freiheitlichen Selbstbehauptungsrecht der Arbeiter ausgestalten. Die Regierung wird ein Heimstättengesetz für Stadt und Land bringen, welches jedem Deutschen den Zugang zum Grundbesitz und zum Eigentum überhaupt erleichtert. Die Regierung wird den seit dem Novembertagen zurückgesetzten Beamten zu aller Grade zu seinem Rechte verhelfen und seine Interessen in jeder Hinsicht wahrnehmen. Daselbst verlangt sie von diesem Beamtentum den alten Geist treuerer Pflichtsicherung. Dienst des Gemeinwohles. Die Regierung wird es als ihre heilige Pflicht betrachten, den Kriegsbeschädigten und den Hinterbliebenen der gefallenen Krieger ihre wohldienlichen Besüge im vollstem Maße sicherzustellen. Die Regierung wird für das Vaterland gegenwärtig mit den waffensicheren Soldaten und den Angehörigen nachdrücklich sorgen und ihnen gegen persönlichen und wirtschaftlichen Vorfall jeden Schutz und Sicherheit gewähren. Das gleiche gilt für die Heimatkrieger und die Angehörigen der Kameradschaft, Sicherheitswache, Polizei, Gendarmerie und der Technischen Rothilfe. Die Regierung wird die Freiheit der Kirche gewahrsichern und die nationale und religiöse Erziehung wieder herstellen. Abschließendes Ziel vom Reich werden als Hoch- und Dankestestandpunktlich erledigt.

Wir sind stark genug, unsere Regierung nicht mit Verhaftungen und anderen Gewaltmaßnahmen zu beginnen, aber wir werden jede Auseinandersetzung gegen die Neuordnung und den sinnungslosen Einschleiden nicht verschließen. Wir werden regieren nicht nach Theorien, sondern nach den praktischen Bedürfnissen des Staates und des Volkes in seiner Gesamtheit. Nach besserer deutscher Heimatförderung hat der Staat über allem Kampf der Verlustlandschaft und der Parteien zu stehen. Er ist der unparteiische Richter in dem gegenwärtigen Kampf zwischen politischen Kapital und Arbeit. Jede Klassenkampfung, sei es nach rechts oder nach links, lehnen wir ab. Wir lennen nur deutsche Staatsbürger; doch jeder deutsche Staatsbürger, der in dieser schweren Stunde dem Vaterlande hilft, was das Vaterlande ist, kann auf uns bauen. Tue jeder seine Pflicht. Heute ist die Arbeit die vornehmste Pflicht für jedermann. Deutschland soll sehr eine stiftliche Arbeitsgemeinschaft. Die Farben der deutschen Republik sind Schwarz - Weiß - Rot.

Der Reichsminister Rapp.

#### Berichtigungen des Rapp-Lüttwitz

Berlin, 13. März. Der Reichsverwirminister Feuerherr von Lüttwitz erklärt folgende zwei Verordnungen:

1. Ich übernehme persönlich die anstehende Gewalt für Berlin

Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar erlaßt nun Verfügungen bleiben in Kraft. Der Reichsverwirminister Feuerherr von Lüttwitz, General der Infanterie.

2. Die Verordnung vom 13. Januar 1920 über die Verhängung des Ausnahmezustandes wird aufrechterhalten. Sie wird ausgedehnt auf die davon noch nicht betroffenen Teile des Reichsgebietes. Der über den Freistaat Sachsen bisher bestandene Belagerungszustand wird gleichzeitig aufgehoben. Der Militärbefehlshaber der der neu gebildeten Regierung unterstehenden Truppen wird mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt.

Berlin, den 13. März 1920.

Der Militärbefehlshaber von Lüttwitz.

#### Die Gegenregierung an die Norddeutsche

Berlin, 13. März. Die Reichsregierung macht folgende Mitteilung: Ein junger und entschlossener Stunde gebietet die Regierung des Deutschen Reiches, die soeben ein schweres Amt übernommen hat, der treuen Bewohner Norddeutschlands, die sich heute in hartem Kampfe um die Befreiung ihrer Heimat um großen deutschen Vaterlande befinden. Die Regierung vertraut darauf, daß die tapferen Norddeutschen diesen Kampf siegreich bestehen und ihre deutsche Eigenart auch in der gegenwärtigen Prüfung behaupten werden. In dieser Hinsicht sendet die Regierung des Reiches ihren treuen deutschen Gruss. Der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident gez. Rapp.

Rapp und Oskar Cohn

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgendes durch W. S. L.: Vor dem Handstreich der Lüttwitzer haben die Unabhängigen mit den Staatsstreichern Höflichkeit gefunden und erhalten. Dabei hat Oskar Cohn die Verabschiedung abgegeben, daß seine Freunde Gewissheit bei Fuß stehen würden, wenn der Sturm der Regierung versucht werde.

#### Ein Erfolg des Generals Maeder

Generalmajor Maeder erklärt folgende Bekanntmachung: Ich richte an die Befehlserstatter der zum Wehrkreismando des absteigenden Gebiete, gleichviel, wie sich politisch zu den neuen Ereignissen im Reich stellt, die dringende Bitte, das Wirtschaftsamt nicht durch Streiks oder tumultuare Art zu lösen. Der in der Presse erschienene Aufruf zum Generalstreik I., unterschrieben „Ebert, Bauer, Rosse“ usw., ist noch mir gewordener Mitteilung der Unterzeichneten unrichtig.

Es kommt darauf an, die überwachende Regierungstelle besonnen zu überwinden.

Pflichtgemäß werde ich alle Versuche, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, oder lebenswichtige Betriebe lahmzulegen, mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Dresden, den 13. März 1920.

gen. Maeder, Generalmajor.  
Der Befehlshaber.

#### Reichsminister Rapp zur Lage

Berlin, 13. März. Der Reichsminister des Innern Rapp hat einem Vertreter von Wolffs Telegraphischen Bureau folgende Mitteilung über die Lage gemacht: Die Regierung hat von sämtlichen Verbündeten die Sicherung erhalten, daß sie trotz der Regierungsteilungen und den törichten Berliner Streiks auf schärfste mißbilligen. Nun die preußische Regierung ist daran behindert worden, beseitigen. Mit der Verbündeten Oberpräsidien bereits geplant. Von zahlreichen Truppenverbänden ist beim Reichsverwirminister die Melung eingelaufen, daß sie den Berliner Bürgern fernbleiben. Momentlich ist auch die Reichsregierung bei den der sächsischen Regierung nun ergebenen Truppen des Generals Maeder in sicherer Hüt. Die Tagung der Nationalversammlung in Stuttgart, die auf Dienstag einzuberufen ist, wird von der würtembergischen Regierung vorbereitet. Die würtembergische Regierung hat die volle Bereitschaft für eine höhere Tagung der Nationalversammlung übernommen. In diesem Range mit seinen alten freiheitlichen Einrichtungen haben Befehlshaber und Mannschaften abhalb der Regierung die Sicherung ihrer Ergebnisse abgegeben. Der Handstreich wird von allen ernsthaften Politikern verurteilt, wie denn der Versuch einer Staatsgründung eine schwere Belastung für Berlin nicht dazu geführt hat, einen Mann von Bedeutung, sei er Politiker oder Fachmann, zu gewinnen. Der Abgeordnete Graf von Solodowksi hat eine Beteiligung an der Regierung abgelehnt. Der Führer der Deutschen Volkspartei Staatsminister a. D. Heine hat sich in Dresden völlig zur Beschaltung gestellt. Der ganze Handstreich hätte nicht gelingen können, wenn es nicht der Verzitterung infolge der Bedingungen des Friedensvertrages an einem Volksheere gefehlt hätte und sie nicht genötigt gewesen wären, den größten Teil ihrer Truppen in gefährdeten Gebieten wie Ostpreußen zu halten. Es handelt sich um einen freudlosen Handstreich, den wir nicht zu einem Erfolg gelangen lassen werden.



Seite 8

gen Aus-  
m. Am  
ist Ver-  
und an  
hat den  
sagig voll-  
Der  
scheren der  
zammen-  
schaft an-  
der De-  
Die  
ver-  
werden  
tiefheit.  
end aus-  
und der  
tzei-  
ne aus-  
nd das  
Biber-  
Mach-  
worden,  
die die  
zusun-  
n. Am  
nub Dr.  
von den  
sprachen.  
ab Stoll-  
die Welt-  
durchge-  
versam-  
das pro-  
8 Uhr  
ugrats-  
dem alle  
en wied-  
en demos-  
der die  
unter die  
fassungs-  
ihnen an-  
erfuhr ih-  
erfüllten

März.  
den Vol-  
regeleite-  
s geschla-  
et das  
  
einigem,  
herstigstes  
Die so-  
vorsitzteil  
um mihi-  
  
in Regie-  
rung brab-  
der Ver-  
treter 4.  
st. Auch  
Dresden  
erfassung  
ab. Die  
regierung.  
ir gewöh-  
und Ver-  
erlich lan-  
et. Die  
speinen.  
  
Beiner  
des aller  
Ordnung  
angefuchs-  
t wören,  
und die  
mögliche  
sich  
und zum  
  
Justiz-  
minister,  
minister.  
  
ende Vo-  
ile, Offi-  
Schwarz-  
nung und  
Sachsen  
Partei in  
der Re-  
b die Be-  
nd if we-  
de gean-  
ete. Um  
ergeschlecht  
ung wren

Was in Berlin vorging, ist eine Kopeiplatte im großen. Die Berliner müssen den politisch freien Platz bewahren. Für die Kopeiplatte besteht keine Möglichkeit, zu regieren. Ihr Gebäude ist ihnen wohl. Sie kann weder Kosten noch Rücksichtsmittel schaffen. Ohne Arbeit kann man nicht regieren. Berlin kann nicht von sich selbst leben. In wenigen Tagen bricht dieses System zusammen. Wer es unterstützt, lädt den Fluch der Verantwortung auf sich.

Teamel auch bindet nicht nur die politische Einsicht, sondern auch den Eid auf die Verfassung. Ihr habt nur den Befehlen der verfassungsmäßigen Reichsregierung zu gehorchen. Wer die neue Regierung untersucht, breicht seinen Eid. Es ist nicht wahr, daß die Deutschen am 9. November 1918 das gleiche taten. Damals dankte der Kaiser ab. Der vom Kaiser eingesetzte Reichskanzler Prinz Max von Baden gab nach der Abdankung des Kaisers seinen eigenen Rücktritt und übertrug selbst die Reichskanzlerschaft dem heutigen Reichspräsidenten Ober. Er forderte die Deutschen auf, der neuen Regierung zu gehorchen. Heute hat die Reichsregierung nicht abgedankt. Die Unterstützer in Berlin sind von keiner befugten Stelle eingezogen. Wer ihnen hilft, wird entlassen.

Die Rechtsparteien stehen fest zusammen. Kapp, von Jagow und Genossen, die reaktionären Freuden, finden keinen Widerhall im deutschen Volke. Für sie war schon die "Deutsche Tagesschau" ein zärtliches Unser Blatt, doch sie verbieten mußten.

Und das Ausland? Eine Militärdiktatur, eingesetzt von den Balkantruppen, von der reaktionären preußischen Militärpartei, sie wird uns keine Erfreilichtung des harten Friedens, leiserer wirtschaftlicher Hilfe bringen. Die der verschwundenden Regierung in Aussicht gestellte große Ententeanleihe wird Kapp und Genossen nicht genügen. Der Wert des deutschen Gelbes, der eben mit starkem Kürze in die Höhe ging, fällt tiefer denn je.

Sorge jeder dafür, daß diese Militärdiktatur an ihrer inneren Hohheit so schnell wie möglich zusammenbricht.

Similare Bandsregierungen, die wöhligen preußischen Oberpräsidium, die Centralverbände der deutschen Arbeiter und Angestellten, die staatlichen Unterbeamten, der Reichswirtschaftsverband deutscher Betriebsräte mit 96 000 Mitgliedern, sämtliche süddeutschen Reichswirtschaftsräte und eine Reihe preußischer, darunter das besonders wichtige Kreisfunktionäre Weimar (Kreisbezirk) stehen fest hinter der verfassungsmäßigen Regierung.

Dresden, 14. März 1920.

Der Reichspräsident Ober.

Die Reichsregierung.

Bauer, Müller, Koch, Giesberts, Rosse, Schler, David.

heutigen Worten ihre Mächtigkeit aus, die dahin auslangen, daß die Schule die gegenwärtige Krise siegreich überwinden möge und an das ganze katholische Volk den Appell richten, seine heiligen Güter zu wahren. Herr Hochschullehrer Peter, der im Namen des Volkvereins sprach, brachte noch eine Resolution ein, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Sie lautet: "Die zur Feier des 200jährigen Bestehens der katholischen Bürgerschule im großen Saale des Centraltheaters versammelten mehr als 1000 Katholiken Leipzig erheben, im Interesse verlegt und empört, entschiedenen Einspruch gegen die Auflösung des Städtes: "Barthauslomöde" im Leipziger Schauspielhaus. Das Stadts, das vom katholischen Preisträger ein schenkelloses Geschäft entwickelt und auf dem gemeinen Instinkt der Massen spekuliert, muß den konfessionellen Freuden führen und den katholischen Volksteil in seiner heiligsten Überzeugung verleben. Das katholische Volk möchte die Weiterausführung dieses Machothes als eine sorgfältige Beleidigung empfinden. Einstimig ergibt diesbezüglich hiermit die dringende Bitte und Aufforderung, das Stadts, das künftigen Inhalts dar, in unserer ohnedies konfliktreichen Zeit die Spannung im Volke nur noch erhöhen muß, und unmissverständlich das katholische Volk in seinen heiligsten Gefühlen verlegt, umgehend zu verbieten.

Zum Schlus dankte der Herr Direktor allen Mitwirkenden. S. 8

Prozent Tenterungszulage zu fordern ab 15. März. Noch ehe das beschließen an die Innung gelangte, ist jedoch durch einen Kollegen der Befehl einem Meister gesetzlich worden und so kam es, daß bereits diese Woche schon 30 Prozent nachbewilligt wurden, die Lohnverhandlungen des örtlichen Verbandes schweden noch entscheiden sich am 15. dieses Monats. Der Streit des Centralverbandes der Bäder (sozialdemokratische Organisation) ist ein wilder, vom Raum gebrochen, da nebst einer Tarifständigung noch ein Schiedsspruch zugrunde liegt, sondern erst am Dienstag den 16. dieses Monats das Verschärfen vor dem Schlichtungsausschuss stattfindet. So ist der wahre Sachverhalt des Streits. Wir bitten die Bäder, davon Kenntnis zu nehmen und die Konditionen des örtlichen Centralverbandes ruhig arbeiten zu lassen, denn diese sind keine Streitbeschluß. Der Wochenlohn der Gehilfen beträgt heute nach den Vereinbarungen zwischen dem Centralverband der Rohrungs- und Gewinnmittelindustrie-Arbeiter und den Konditionen-Innung im ersten Gehilfenjahr 100 M., im zweiten und dritten Jahr 120 M., im vierten bis siebenten Jahr 140 M., vom achten Gehilfenjahr ab 160 M. Meister und Betriebsleiter 200 M. Was hat daran der Centralverband der Bäder getan? Theorie bei den freien Gewerkschaften und Praxis bei den örtlichen Gewerkschaften sieht man hier am deutlichsten. Höre."

## Nachrichten aus Sachsen

### Generalpardon

Das Gesetz über Steuererlaß sieht für die Angabe des bisher hinterzogenen Einkommens und Vermögens eine Frist vor, deren Überschreitung dem Reichsminister der Finanzen überlassen ist. Im "Reichsangehörigen" und im "Reichsgefangenen" ist daraufhin jetzt folgende Anforderung des Reichsministers der Finanzen vom 24. Februar 1920 erschienen:

Wer Verdienst oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte veranlaßt werden müssen, bisher nicht angegeben hat, und deswegen vermeinte Strafen wegen Steuerzuwidderhandlung sowie Verfall des verschwiegenen Verdienstes gemäß dem Gesetz über Steuererlaß abwenden will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen und Einkommen im Spätesten bis zum 15. April 1920 einem Finanzamt anzugeben, dabei sind Vor- und Ruhname, Stand, Beruf oder Gewerbe nebst Wohnort und Wohnung oder Firma und Sohn genau zu bezeichnen. Die Angabe betrifft den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerzuwidderhandlungen, die sich auf das nachträglich angelegte Vermögen oder Einkommen beziehen. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind abgeschlossen. Vermeiden, daß bei der Veranlagung nur Kriegsabgabe vom Vermögensaufschwung oder zum Reichsnopter vorläufig verschwiegen ist, verfällt Kraft Gesetzes dem Reich. Unerlaubte Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unverzüglich und jedenfalls so zeitig berichtigt werden, daß die Angabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berücksichtigt werden kann. Die nachträgliche Anmeldung des bisher der Steuererlaß entzogenen Einkommens und Vermögens hat in Sachen bei den Bezirksteuererlannern (Finanzämtern) zu gehuchen. Zweidritteljährigem wird die Anzeige bei den Bezirksteuererlannern eingerichtet, die für die Veranlagung des Anzeigenden zu der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs verbunden oder als Nachtrag dazu eingesetzt werden. Sie muß jedoch spätestens bis zum 15. April 1920 bei der Steuerbehörde eingehen, anfalls sich der Steuerpflichtige die genannten Vorteile sichern und den Nachteilen entgehen will.

## Gewerkschaftliches

### Konditionenstreit in Dresden

Aus christlichen Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: "Wie der einmal machen die Gehilfen "der schönen Kunst" in Dresden von sich reden. Diesmal ist es aber etwas anderes, was diese Gehilfen dazu gefordert, in den Streit zu treten. Der Nachhilfsstab des Centralverbandes der Bäder ist es, der dieses Schauspiel der Dresdner Bevölkerung liest. Man lese nur den "Dresdner Anzeiger", "Dresdner Neueste Nachrichten" usw., da steht man Gehilfenlohn von 50 Mark. Nicht wahr ist es? Die Löhne bewegen sich von 85—170 M. pro Woche. Aber nur dem "Neinen" Centralverband der Rohrungs- und Gewinnmittel-Industrie-Arbeiter eins ausmischen, das ist des Pubels Kern. Dem Verband, der als erster die Tenterungszulage ab 1. Januar verlangte, nachdem er gewarnt hatte, ob der "alte" Centralverband der Bäder die Rollage der Gehilfen einnehmen würde und sich mit dem "neinen" christlichen Verband ins Benehmen setzen würde, um eventuell durch Verhandlungen zu einem der Gehilfenschaft entsprechenden Biele zu kommen. Beide Verbände haben doch den Tarif gemeinsam abgeschlossen, und wurde doch von Seiten der freien Gewerkschaft oft genug betont, daß der Bäderstab Höhe von den Christlichen bei dem Tarif berücksichtigt werden soll. Ich will nichts anderes, und du wirst immer alles gut machen. Ich weiß das schon jetzt, und du wirst mich stets verstehen." Sie sieht ihm herzlich zu, aber sie fragte sich in einem jähren Schred, der sich unverkennbar einstellt, ob sie wirklich die Aufgabe würde erfüllen können, den Mann an ihrer Seite glücklich zu machen. Und wie in einem jählichen Vorhaste drückte sie seine Hand.

"Wilst du hier neben mir sitzen?" Frau Holmer hatte sich von ihrem Bettwunder zurückgesogen, sie wollte für eine Stunde mit ihrem Sohne allein sein. Er pflegte ihr vor nicht, sie dagegen ließ den ganzen Abend, daß sie überhaupt einsamkeit hatte, mit auf das Bett zu gehen. Sollte er Renate Heimkunst nicht wiederholen, dann wäre ihr manches Wegericht erneut erzielbar. Nun wollte sie ihm den Kopf einmal gründlich zuschneiden.

"Komme mir Mutter," sagte Otto Stein, und Hand in Hand, unbekannt um die anderen Menschen, gingen sie hinein in den Saal. Sie sah ihm das Lächeln von Frau Holmer näheren, legte Otto: "Du weißt dir, daß wir unter Haus haben? Es steht in einem Sessel und ist ganz einselbst in ein großes Sessel. Immer saß ich hierin mein, sehr umwundenes Häuschen, und da es frei wurde, ehe ich hierher kühr, habe ich es gemietet." Am Übermaße seines Glücks saß er laut: "Und wenn du mich nicht annehmen hättest, sieht du, dann wäre ich allein hineingegangen und wäre dort gestorben, in dem kleinen, häuslichen Hause."

"Sprich nicht so," bat sie weich, "ich habe mein ganzes Leben lang auf dich gewartet, das weiß ich jetzt genau."

## Parteinachrichten

= **Bentrum, Weizen.** Es wird darauf hingewiesen, daß die nächste Versammlung schon am Mittwoch den 17. März (nicht am 21. März) abends Punkt halb 8 Uhr im Saale des Waldschlößchens stattfindet. Herr Parteisekretär Heslein spricht. Alle Bentrumanhänger, besonders die Mitglieder der katholischen Vereine Weizen, sind herzlich eingeladen.

**Ortsgruppe Wurzen und Umgebung der Sächsischen Centralpartei.** Die Ortsgruppe hält am Sonntag den 7. März im Sächsischen Hof eine Versammlung ab, in der Herr Universitätsprofessor Dr. Strieder- Leipzig über "Die Centralpolitik seit der Revolution" sprach. Eingehend legte Herr Professor Strieder die Haltung des Centralums dar und begründete trefflich die Nichtigkeit der Haltung des Centralums. Sämtlicher Verfall bemisst dem Redner, daß seine großer Begeisterung getragene Rede bei den Zuhörern freudig Wohlgefallen gefunden hatte. Nach einer Aussprache und nach den Schlussworten des Referenten endete die Versammlung, in der Herr Dr. Tatzen als Delegierter zum Sächsischen Centralparteitag bestimmt, und Herr Leiter Paul Starostal, der auch in dienstlicher Verhinderung des Vorsitzenden, Herrn Starcer Niedel, die Sitzung leitete und dem Vorsitzenden den Dank der Versammlung zum Ausdruck brachte, zum Schriftführer gewählt wurde.

## Theater und Konzerte

= **Dresden, 11. März.** (Vittoria-Theater.) Auch dieser Monat bestätigt noch der italienische Komiker Jean Blahey in die ausverkauften Häuser. Es besteht sympathisch, daß er die eigene Schauspielfreude geschafft hat und sich nun in der deutschen Kultursphäre nach "Schlagern" umsieht. Da ist er denn auf den von Anton Grand nach Dresden gebrachten Schwan. "Die spanische Fliege" von Arnold und Bach gelommen, in der er sehr engthält den Westrichobrillanten Kind darstellt. Er zieht sein Hauptgewebe darauf, den Anhänger der Bewirrungen bis zur Vollheit zu steigern und hat den denkbaren größten Erfolg damit. Neben Blahey verdienst besonders die Dresden Künstlerinnen Olly Brähm, Anna Hinz und Lini Endres Anerkennung. Trotz allem: Wäre nicht Rüdiger zu guter artistischer Kunst, wie sie die meisten Großstadtkinder dieser Spielart wieder pflegen, ein Gewinn? Daran mangelt es in Dresden sehr.

= **Dresden, 12. März.** (Konzerte) Im 9. Großen Philharmonischen Konzert brachte Edwin Lindner die Wiederholung von Beethovens Eroica. Der beliebte Dirigent hat es in der Pflege Beethovens Musik so weit gebracht, daß man beim Hören seines Namens unwillkürlich an eine der neuen Sinfonien des großen Meisters denken muß. Auch die Oberon-Ouvertüre gelang wunderbar und von der eng anstrengenden Begleitung zum Brahmschen Violinconzert ist schon wiederholt Gutes zu vernehmen gewesen. Dieses spielt diebstahl der 1. Konzertmeister der Berliner Staatsoper Leo von Bremkow. Einmal großblütig sah er das Ganze an, gab wenig von dem inneren Gehalt des bekannten Werkes. Aber tatsächlich eine bedeutende Leistung. Man applaudierte ihm stark. — Julian Helfrich-Kalisch gab im Vogelhaushal einen zweiten Liederabend, der Hugo Wolf und Franz Schubert sowie einem Modernen Leo Lemm gewidmet war. Für Schubert schätzte es der Sängerin Anna Jäglein eine Einfachheit und Einfachheit. Wolf lag ihr denn doch besser. Dem begleitenden Komponisten Lewin war die Sängerin eine gute Interpretin, konnte aber seine Schwächen — Mangel an Originalität — nicht verwischen. — Das gefrigte hört, Voltz-Sinfoniekonzert stand wieder im Reichen reinsten Genusses, dem der humoristische Abschluß ("Till Eulenspiegel") gar nicht übel stand. Beethovens Walzorausonie. Wie viele Komponisten haben die Natur sinfonisch geschildert! Keiner hat auch nur annähernd in Empfindung und Form das Beethoven'sche Vorbild erreicht. Lindner war auch hier der glänzende Beethovendirigent, als der er bekannt ist. Eine talentvolle Pianistin mit innerem Erleben ist Frau Geiger-Specht, die das elegante D-Moll-Konzert (Edouard Grieg) von Mozart trotz Nervenbeschwerden sehr stilvoll vortrug. Richard Tauber sang die Hoffnung aus "Noch in Egypten" von Mahler und löste einen nicht enden wollenden Brull aus. Der weiche, aber kräftige Tenor des beliebten Sängers kommt darin zu voller Geltung. Bd.

"Französischen Seit' Lukas? Tut es nicht auch ein anderer Wein?" fragte seine Mutter.

Lukas aber ließ die Hand auf die Tischplatte fallen, wie er es von seiner Mutter oft gesehen. Ein unzufriedenes Brüderchen, ein unzufriedenes Bruder. Er gab sich keine Mühe, seine Stimmung zu verborgen. Er hatte die Abneigung gehabt, jemals nach Zuhause mit Renate zu kommen. Er sah sie wenig davon, immer habe ich mich mit anderen Dingen beschäftigt.

"Wenn du nur bei mir bist, wenn ich dich nur immer um mich habe, du mich erwarte, wenn ich heimkehre, dann ist das das Maß der Selbstgefälligkeit. Ich will nichts anderes, und du wirst immer alles gut machen. Ich weiß das schon jetzt, und du wirst mich stets verstehen."

Sie sieht ihm herzlich zu, aber sie fragte sich in einem jähren Schred, der sich unverkennbar einstellt, ob sie wirklich die Aufgabe würde erfüllen können, den Mann an ihrer Seite glücklich zu machen. Und wie in einem jählichen Vorhaste drückte sie seine Hand.

"Renate, schönes, einziges Mädchen, wirst du doch erst bei mir wohnen. Wie lange soll ich noch allein bleiben? Jeder Tag wird mir zur Ewigkeit. Ich lebe dich jetzt schon schatten und warten als meine beginnende Haushfrau."

Renate sentzte in hilfloser Verlegenheit den Kopf: "Ich als Haushfrau? Otto, werfst du auch ein wenig Gebuld mit mir haben? Ich verstehe ja so wenig davon, immer habe ich mich mit anderen Dingen beschäftigt.

"Wenn du nur bei mir bist, wenn ich dich nur immer um mich habe, du mich erwarte, wenn ich heimkehre, dann ist das das Maß der Selbstgefälligkeit. Ich will nichts anderes, und du wirst immer alles gut machen. Ich weiß das schon jetzt, und du wirst mich stets verstehen."

Sie sieht ihm herzlich zu, aber sie fragte sich in einem jähren Schred, der sich unverkennbar einstellt, ob sie wirklich die Aufgabe würde erfüllen können, den Mann an ihrer Seite glücklich zu machen. Und wie in einem jählichen Vorhaste drückte sie seine Hand.

"Du tanzt nicht?" fragte sie.

"Ich habe keine Lust."

"Aber du bist nicht hierhergekommen, um den ganzen Abend durch den Saal zu tanzen und an den Wänden herumzuhüpfen. Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.

"Hüpfst du nicht mehr hin?" Sie lächelt und schaut ihn an.</

Sprechzeit von 9—12 und 2—6 Uhr, außer Montag und Dienstag  
**Bentist Kubasch, Dresden, Albrechtstr. 23, I.**  
 Zahnersatz ohne Platte, festzusitzend wie eigene Zähne. Plastierungen.

**Dresdner Lehranstalt für Musik**

Mitglieder: Organist Paul Weile  
**Lehranstalt für alle Zweige der Tonkunst Mr. Bernd und Hans** für  
 Schule und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) = Annahme von  
 Instrumenten und Volksliedern (Flöte, Oboe, Klarinette, Trompete, Trommel, Klavier, und  
 Instrumente, Geige, Laute, Mandoline u. s. w. Theorie, Komposition, Musizie- und  
 Ausbildung, Dirigieren, Kirchenmusik; Schülert-Orchester- und Chorlektionen; Mu-  
 sikkwissenschaftliche Vorlesungen; Komponisten-Abende, Schiller-Vortragsabende  
 und öffentl. Auftritte; Eintritt freiheitlich zu Anmeldung, wochentags 8—7 Uhr

**Amtliche Bekanntmachungen****Margarine-Verteilung**

Freitag den 19. und Sonnabend den 20. März 1920  
 wird beliebt:  
 a) die angemeldete Bankeßtartar der Stadt Dresden,  
 Währ Y mit 90 g Margarine.  
 b) der angemeldete Butterbezugsschein für Großbeschauer  
 mit 50 v. H. ebenfalls mit Margarine.  
 Der Kleinhörnelpreis beträgt für 90 g Margarine 1.00 M.,  
 für 1 Pfund 8.88 M.

Vorzeitige Abgabe ist gestattet.

Dresden, am 18. März 1920. Der Rat zu Dresden.

**Verteilung von weißen Bohnen**

§ 1. Auf Anweisung „418“ der Lebensmittelkarte (15. Februar  
 bis 18. März 1920) wird ein halbes Pfund weiße Bohnen  
 verteilt.  
 § 2. Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Weißbezug für  
 Kranken aus dem Städtischen Bezugsschein über je ein halbes Pfund  
 weiße Bohnen für jedes belegte Bett.  
 § 3. Die Ausweise und Bezugsscheine sind in einem Kleing-  
 handelsgeschäft am 18. oder 19. März 1920 anzumelden und  
 vom Geschäftsbücher in der bisherigen Welle aufgerichtet und ver-  
 packt der zuständigen Meldestelle am 17. oder 18. März 1920 ab-  
 zugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.  
 § 4. Als Meldestellen sind eingerichtet:  
 a. für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Ein-  
 tautigkeitsgesellschaft Dresden, Kolonialwarenhändler m. d. h. in  
 Dresden und die Mitglieder des Einzelhandels Dresden  
 Kolonialwaren- und Großwarenhändler in Dresden.  
 die wiederholth. bekanntgegebenen Stellen,  
 b. im übrigen die Firmen:  
 Wachs & Flößer, Wallstraße 4  
 Rossek & Baldamus, 11. Bachstrasse 3  
 Przmann & Co., Königstraße 6  
 Straße 6  
 Herbergsmeister, Deubertstr. 11  
 Schlegel & Dreherfisch, Bauhauer  
 Straße 8  
 § 5. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor  
 dem 22. März 1920 erfolgen.  
 § 6. Der Preis beträgt bei der Abgabe an die Verbraucher  
 beträgt 2 M. 80 S für ein halbes Pfund.  
 § 7. Zuüberhandlungen werden auf Grund der Bundesstra-  
 verordnung vom 25. September 1915 bestraft. Die Bestimmungen  
 in § 3 der Bekanntmachung vom 12. November 1915 bleiben in Kraft.  
 Dresden, am 18. März 1920. Der Rat zu Dresden.

Wer hilft am Gottesdienst  
 einer Bildhauerin mittlich eines  
 Witwes, welche bei Hochzeit  
 nach einem Scheitelschlag erlitten  
 hat? Gold, Seidenmittel, Öljetz,  
 Bettwäsche würden entwürfen.

Stifter: Müller,  
 Marienberg (Sachsen),  
 Postleitz. Nr. 41 278 Unt. Marienberg.

**Sidonien-Hospiz**

Mr. Int. Bildhauerin und bewer-  
 tige junge Mädchen u. Damen,  
 auch Durchsichtige. Zimmer mit  
 Betten monatlich 150—180 M.  
 Dresden, Portikusstr. 12,  
 — Ansprechender 13 625. —

Großteil nach  
 reichhaltiges Schniwarenlager  
 u. Reparaturwerkstatt. Gute  
 Qualität, gewissenhafte Preise.  
 Rudolf Dörschmidt,  
 Rosenstraße 29a, Ecke Maternstr.

Großteil nach  
 zur Wiederaufstellung und Rest-  
 hebung aller Güter aus den  
 Gütern gibt es nichts Wiederge-  
 füllt als

Rathausliches Pulver  
 Scheidestr. 4.— Werkstatt:  
 Erfurt Apotheke, Erfurt 209

**Die Drogenhandlung**

**Germann Ried**  
 Dresden, Altmarkt 5

empfiehlt sich in der Fack  
 einschlägige Artikel.

Gallensteine,  
 Professor Dr. Webers Gallen-  
 steinmittel

**Cholapin**  
 ein bewährtes Gallensteinmittel  
 zur Linderung und meist günsti-  
 ger Befestigung dieses schmer-  
 haften Leidens. Preis M. 12.—,  
 für eine Dose meist eine Ruc-  
 austreiber. Verband:

Grüne Apotheke, Erfurt 209

**Zigaretten!**

Billigste Bezugsquelle für  
 Wiederverkäufer.

Neue Preisliste gratis  
 und franko.

**M. Guttmann**  
 Berlin 0 27, Alexanderstr. 22

**Dresdner Handelsbank**

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9 im „Haus der Kaufmannschaft“ — Schlachthofring 7  
 Wettinerstr. 56, Hauptmarkthalle — Eliasplatz 3 — Kaiserstr. 11

**Geschäfts-Anzeiger****Dresden****Bautzen****Martha Tompel Inh. Paula Tompel**

Spezial-Damenfrisiersalon  
 Gedächtnis, Haarpflege, Elektrische Kopfmasse

Salon für Schönheitspflege

Seelenmassage —

Zirkusstraße 1 Ecke Johann-Georgs-Allee

Fernsprecher 14 328

Ansprechender 14 328

&lt;p